



14.01.2018

Unterbezirkskonferenz

Beschlussbuch



JUSOS

Unterbezirk Passau

Geschäftsordnung:

1. Die Konferenz wird von den Vorsitzenden geleitet. Sollte der Vorsitz während der Konferenz wechseln, haben nach der Wahl die neuen Vorsitzenden die Konferenzleitung inne.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn form- und fristgerecht geladen wurde. Die Beschlussfähigkeit wird vom Vorstand nur auf Antrag geprüft.
3. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Übersteigt die Zahl der Enthaltungen die Zahl der Ja-Stimmen, so gilt der Antrag ebenfalls als abgelehnt.
4. Bei den Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD. Ergänzend finden die Quotierungsvorschriften der Richtlinien der Jusos Anwendung.
5. Alle im Unterbezirk gemeldeten Juso-Mitglieder haben Stimm-, Antrags- und Rederecht. Geladene Gäste haben Rederecht.
6. Das Wort wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen in Form der quotierten Redeliste erteilt. Die Redezeit beträgt 5 Minuten.
7. Anträge zur Geschäftsordnung unterbrechen die Redeliste. Sie werden abgestimmt, wenn eine*r dafür- und eine*r dagegengesprochen hat. Unterbleibt die Gegenrede, so gilt der Antrag als angenommen.
8. Initiativanträge aus aktuellem Anlass können beim Vorstand eingereicht werden. Sie bedürfen der Unterstützung von mindestens 10 Mitgliedern.
9. Änderungsanträge im Rahmen der Antragsberatung können von allen Antragsberechtigten schriftlich beim Vorstand eingereicht werden.

Inhaltsverzeichnis

1		
2	A: ARBEIT	1
3	A1: RESOLUTION: SOLIDARITÄT MIT DER IG METALL IN DER TARIFRUNDE 2018	1
4	B: BILDUNG	2
5	B1: GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE – WIR LASSEN NIEMANDEN HÄNGEN!	2
6	B2: SEXUALKUNDEUNTERRICHT ZEITGEMÄß, MODERN GESTALTEN	3
7	B3: SPD FÜR ALLE	5
8	I: INTERNATIONALES	6
9	I1: „VERTRAUEN IST GUT, KONTROLLE IST BESSER!“	6
10	L: LÄNDLICHER RAUM UND ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE	11
11	L1: MEHR POLITISCHE UND KULTURELLE BILDUNGSEINRICHTUNGEN FÜR JUGENDLICHE IM	
12	LÄNDLICHEN RAUM	11
13	L2: RESOLUTION: „WIR HABEN DIE AGRARINDUSTRIE SATT!“ – RICHTIG SO!	15
14	L3: REVOLUTION DES ÖPNVs	16
15	M: MEDIZIN UND FORSCHUNG	18
16	M1: AFFEKTIVE STÖRUNGEN ENDLICH WIRKSAM BEKÄMPFEN!	18
17	M2: KEINE FORTPFLANZUNG MIT REPROGRAMMIERTEN KÖRPERZELLEN	22
18	M3: EIZELLSPENDE LEGALISIEREN	24
19	O: ORGANISATORISCHES	26
20	O1: SCHAFFUNG EINES ORGANISATORISCHEN HILFSKOMITEES	26
21	O2: EIN ENDE DER BERICHTERSTATTUNG IN SICHT?	27
22	O3: DEMOKRATIEKANDIDATUREN – MEHR INNERPARTEILICHEN WETTSTREIT WAGEN!	28
23	O4: UMBENENNUNG DES VORSTANDS AUF INOFFIZIELLEN SITZUNGEN	30
24	R: RECHTSEXTREMISMUS	31
25	R1: „DER DRITTE WEG“ MUSS ENDLICH VERBOTEN WERDEN!	31
26	R2: RESOLUTION: RUNDER TISCH	35
27		
28		

1 **A: Arbeit**

2 *Antragssteller: Eric Tylkowski*

3 *Adressat:innen: Juso Unterbezirk Passau, Juso Bezirk Niederbayern, SPD Unterbezirk Passau*

4

5 ***A1: Resolution: Solidarität mit der IG Metall in der Tarifrunde 2018***

6 Für die Tarifrunde 2018 in der Metall- und Elektroindustrie sprechen wir der IG Metall
7 unsere Unterstützung aus. Die Forderung der Gewerkschaft nach einer Erhöhung der
8 Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten
9 halten wir unter Betrachtung der konjunkturellen Lage sowie der guten wirtschaftlichen
10 Situation, in der sich die Branche befindet, für voll und ganz gerechtfertigt. Auch eine
11 Wahloption auf Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für eine Dauer von
12 maximal 24 Monaten bei vollem Rückkehrrecht in die ursprüngliche Arbeitszeit
13 begrüßen wir. Der Arbeitgeber:innenseite wurden in puncto Flexibilisierung der
14 Arbeitszeit immer wieder Zugeständnisse gemacht, auch den 3,9 Millionen
15 Beschäftigten dieser Branche sollte diese einen echten Mehrwert bringen. Dass die
16 Gewerkschaft mit der Forderung nach einem Entgeltzuschuss für Familie und
17 Gesundheit ihrer besonderen sozialen Verantwortung gerecht wird, heben wir gerne
18 hervor. Unsere Solidarität gilt auch den Auszubildenden, für die in den Verhandlungen
19 ein bezahlter freier Tag vor allen Prüfungstagen sowie die bezahlte Freistellung für den
20 Prüfungstag tariflich geregelt werden soll. Die Abschlussprüfung hat sich in den letzten
21 Jahren gravierend verändert, wodurch sie deutlich mehr Zeit zur Vorbereitung in
22 Anspruch nimmt.



1 **B: Bildung**

2 *Antragstellerin: Lorena Puja*

3 *Addressat*innen: Juso-Unterbezirkskonferenz, Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-*
4 *Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag*

5 ***B1: Gleiche Chancen für alle – wir lassen niemanden hängen!***

6 Wir fordern die Einführung einer kostenlosen Nachhilfe für alle Schüler*innen des
7 Freistaats Bayern ab der 1.Klasse bis zum Abschluss der Schule. Die Kosten dieser
8 Nachhilfe soll vom Freistaat Bayern finanziert werden. Jede*r einzelne*r Schüler*in hat
9 Anspruch auf diese Nachhilfe unabhängig vom Einkommen der Eltern, somit muss auch
10 bei der Antragsstellung keine Angaben über die finanzielle Lage der Eltern gemacht
11 werden.

12 Diese Nachhilfe soll an allen bayrischen Schulen vor Ort angeboten werden und der
13 Freistaat stellt die Nachhilfelehrer*innen zur Verfügung.

14 Der Freistaat Bayern protzt immer wieder damit, dass sie die Geldgeber der
15 Bundesrepublik sind. Gerade bei der Bildung der kommenden Generation darf nicht
16 gespart werden. Ein faires und gerechtes Bildungssystem ist eine Investition in die Zukunft
17 und der leere Geldbeutel der Eltern darf keine Schüler*innen daran hindern, ihre Talente
18 und ihr Potenzial voll auszuschöpfen.



1 ***B2: Sexualekundeunterricht zeitgemäß, modern gestalten***

2 *Antragssteller: Vinzenz Luckas, Lukas Waterstraat*

3 *Adressat:innen: Juso-Unterbezirk, Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-*
4 *Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion*

5 Ein moderner Sexualunterricht sollte nicht nur dafür da sein, dass vor Gesundheitsrisiken
6 gewarnt wird, Verhütungsmethoden vorgestellt werden und die biologischen
7 Grundlagen der Fortpflanzung näher gebracht werden. Ein zeitgemäßer
8 Sexualekundeunterricht sollte auch für den Umgang der Geschlechter miteinander
9 sensibilisieren.

10 Dazu gehören mehrere Dinge. Zum einen sollte die soziale Dimension der
11 Geschlechterdefinitionen näher gebracht werden. Außerdem müssen die sich
12 wandelnden Geschlechterrollen behandelt werden. Weiterhin sind auch andere
13 Geschlechter als nur Frau und Mann einzubeziehen. Schon früh sollten junge Menschen
14 mit allen Geschlechterrollen in Kontakt kommen, um einen respektvollen und toleranten
15 Umgang zu erlernen. Dies wäre eine nachhaltige Strategie, um Diskriminierung und
16 Ressentiments gegen queere Menschen vorzubeugen.

17 Des Weiteren muss, gerade im Hinblick auf die derzeitige "#metoo-Debatte", im
18 Umgang der Geschlechter miteinander eine tiefgehende Sensibilisierung entstehen.
19 Die bestmögliche Prävention gegen sexuelle Übergriffe und einem latenten alltäglichen
20 Sexismus ist und bleibt das Bewusstmachen dieser Problematik. Die Vermittlung von
21 Toleranz und Respekt im alltäglichen Miteinander, vor allem in Bezug auf Interaktionen
22 zwischen den Geschlechtern, muss die Basis eines an die moderne Gesellschaft
23 angepassten Sexualekundeunterrichts sein. Dass die Awareness beim Thema
24 Alltagssexismus über die schulische Bildung Teil einer gesellschaftlichen Identität wird,
25 sehen wir als geeignetes und sogar nötiges Mittel an und glauben, dadurch einen ersten



- 1 Schritt zum schlussendlichen Verschwinden von Alltagssexismus und sexueller
- 2 Belästigung erreichen zu können.

- 3 **Deswegen fordern wir:**
- 4 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass alle Geschlechter Teil des Sexualkundeunterrichts
- 5 werden nicht nur im Sinne von Toleranz, sondern auch im Sinne von Akzeptanz.
- 6 Die Jusos erkennen an, dass Geschlechterrollen gesellschaftlich definiert werden, dies
- 7 muss Teil des Sexualkundeunterrichts werden.
- 8 Die Jusos fordern im Rahmen des Sexualkundeunterrichts eine frühe Sensibilisierung bei
- 9 jungen Menschen für Alltagssexismus und den Umgang der Geschlechter miteinander.
- 10 Lehrer:innen, die das Fach Sexualkunde lehren, müssen zu diesem Thema
- 11 Weiterbildungen absolvieren, die auch eine Awareness zum Thema bei ihnen
- 12 sicherstellt.



1 **B3: SPD für alle**

2 *Antragstellerin: Lorena Puja*

3 *Adressat*innen: Juso-Unterbezirkskonferenz, Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-*

4 *Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag*

5 Wir fordern eine stärkere und aktivere Anwerbung in allen Berufsfeldern. In den letzten
6 Jahren erleben wir eine zunehmende Akademisierung in unserer Partei was nichts
7 Negatives ist. Jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass wir als Sozialdemokratische
8 Partei Deutschlands uns für die Probleme und Schwierigkeiten der aller
9 Arbeitnehmer*innen einsetzen wollen.

10 Jedoch kann man sich lediglich in Situationen von Arbeiter*innen hineinversetzen ein
11 gewisser Bezug zu den eigentlichen Problemen bleibt dabei aus.

12 Aus diesem Grund brauchen wir innerhalb der Partei mehr Diversität aller Berufe,
13 damit alle von ihrer Alltagswelt berichten und mit allen anderen Genoss*innen die
14 Inhalte in der SPD in eine neue Richtung lenken.

15 Um mit der Anwerbung erfolgreich zu sein, ist es wichtig eine klare inhaltliche Haltung
16 zugunsten der Angestellten zu haben, durch die Stärkung von
17 Arbeitnehmer*innenrechten, Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, eine bessere
18 Möglichkeit der Kombination von Ausbildung und Studium, stärkere Internetpräsenz mit
19 Fokus auf Auszubildenden, mehr Veranstaltungen organisieren, die sich mit den
20 Problematiken von Arbeitnehmer*innen beschäftigen und einen engeren Kontakt mit
21 Gewerkschaften pflegen, um in den direkten Kontakt mit Auszubildenden zu treten.



1 **I: Internationales**

2 ***11: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“***

3 **Antragsteller:** *Lukas Waterstraat*

4 **Adressat:innen:** *Juso-Unterbezirkskonferenz, Juso Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,*
5 *SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion*

6 **Analyse:**

7 Wo tauchten deutsche Waffen auf?

8 In den vergangenen Jahren haben sich Fälle gehäuft, in denen deutsche Waffen in
9 Krisen- und Kriegsgebieten entdeckt wurden, wo sie eigentlich nicht hätten sein dürfen.
10 Käufer:innen deutscher Waffen hatten sie weitergegeben, ohne Deutschland zu
11 informieren. Entdeckungen, die für die Bundesregierung meist peinlich waren. In
12 Georgien tauchten während des Kaukasuskriegs 2008 Sturmgewehre des Typs G-36
13 auf, die nie aus Deutschland dorthin geliefert worden waren. Wer sie Georgien gab,
14 war angeblich nicht mehr festzustellen.

15 In Libyen wurden 2011 G36-Gewehre entdeckt, die das Gaddhafi-Regime nicht in
16 Deutschland gekauft hatte, aber gegen die Opposition einsetzen konnte. Sie kamen
17 nach Erkenntnisse des Herstellers „Heckler & Koch“, aus Ägypten. Kairo hatte geliefert,
18 ohne Berlin zu fragen.

19 Auch in Mexiko gab es Probleme: Mexiko hatte G-36-Gewehre für die Polizei einiger
20 Bundesstaaten bestellt. Die Lieferung wurde genehmigt, weil vier besonders
21 problematische Bundesstaaten in der mexikanischen Endverbleibserklärung nicht
22 genannt wurden. Genau dort aber fand sich anschließend fast die Hälfte der Lieferung
23 von mehr als 10.000 Gewehren wieder. Äußerst brisant hierbei, dass die 43
24 Studierenden die 2014 in Iguala entführt und später erschossen wurden offenbar durch



1 deutsche G36er starben. Die mexikanische Endverbleibserklärung hatte die Absicht, die
2 Gewehre auch in den vier problematischen Bundesstaaten an die Polizei zu verteilen,
3 schlicht verschwiegen. Konsequenzen hieraus: keine.

4 Auch im Jemen tauchten jüngst G3-Gewehre auf, die Saudi-Arabien in Lizenz produziert
5 und ohne Zustimmung der Bundesregierung weitergegeben hatte. Das G3, muss dazu
6 gesagt werden, ist nach der Kalaschnikow das erfolgreichste Sturmgewehr der Welt, da
7 es oft durch „Heckler & Koch“ lizenziert im Ausland produziert wird.

8 Wo und was wird geprüft?

9 Einzelfall nach Einzelfall. Zum wiederholten Verdruss der Bundesregierung wurden sie
10 öffentlich. Deutlich wurde: Die Endverbleibsregelungen für deutsche Rüstungsexporte
11 gleichen bisher dem sprichwörtlichen Schweizer Käse: Es gibt mehr Löcher als Käse.
12 Dass das so ist, liegt auch daran, dass die Bundesregierung den Endverbleib bislang
13 nie kontrollieren wollte. Hier hat sie auf Druck der Opposition mittlerweile
14 nachgebessert, Kontrollen der Endverbleibserklärungen werden durchgeführt allerdings
15 nur stichprobenhaft und nur in den sogenannten Drittstaaten. NATO und EU-Partner
16 sowie Partnerstaaten in UN-Missionen und die NATO-gleichgestellten Länder (Japan,
17 Israel, Australien etc.) zählen nicht zu den Ländern die bei Endverbleibserklärungen
18 überprüft werden sollen. So hatte im Jahr 2011 der deutsche Gewehrproduzent „Sig-
19 Sauer“ tausende Kleinwaffen in die USA verkauft, auch hier war der deklarierte
20 Endverbleib eine Behörde der US-Armee. Das Problem dabei war nur, dass die Waffen
21 einige Wochen später in Kolumbien wiederauftauchten wo zu dieser Zeit noch ein
22 Bürgerkrieg zwischen der Regierung und verschiedenen Guerilla Gruppen stattfand.
23 Mittlerweile hat sich rausgestellt, dass „Sig-Sauer“ von dem wirklichen Endverbleib
24 wusste und die Bundesregierung schlichtweg nicht informierte. Das Unternehmen hat
25 seine Produktion in die USA ausgesiedelt, nachdem sie in Deutschland deswegen



1 verklagt wurden. Ähnliche Fälle sind auch aus der Türkei bekannt, die in einigen
2 Krisenherden im Nahen Osten einer der „Big-Player“ ist.

3 Ein weiteres Problem ist, dass die Bundesregierung die eingeführten „Post-Ship-
4 Kontrollen“ nur bei Kleinwaffen durchführt. Sobald es um Teile von
5 Raketenträgersystemen, Geschütztürme für Panzer oder Brennstoffzellen für U-Boote
6 geht, wird überhaupt nicht mehr nachgefragt. Die Bundesregierung schrieb hierzu in
7 einem Statement: „Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die
8 Rüstungszusammenarbeit mit Drittländern dürfen durch das System der Post-Ship-
9 Kontrollen nicht gefährdet werden.“ Offener kann eine Regierung kaum zugeben, dass
10 ihr wirtschaftlicher Erfolg wichtiger als Menschenleben und –rechte ist.

11

12 Warum brauchen wir Endverbleibskontrollen?

13 Wir Jusos bekennen uns zur friedlichen Konfliktlösung. Dies gilt für jeden Konflikt
14 weltweit. Wir erkennen dennoch ob der aktuellen sicherheitspolitischen Lage und unserer
15 Schutzverantwortung als Teil der Gemeinschaft aller Menschen an, dass in bestimmten
16 Situationen der Einsatz bewaffneter Streitkräfte notwendig sein kann. Wenn in einem
17 solchen Fall die Vereinten Nationen eine humanitäre Intervention beginnen und dabei
18 bewaffnete Blauhelme zum Einsatz kommen, müssen diese möglichst gut ausgerüstet
19 sein, um ihr eigenes Leben sowie das Leben der Zivilist:innen im Land zu schützen. Die
20 beste Ausrüstung für Soldat:innen, vor allem die Kriegswaffen können auch aus
21 Deutschland kommen.

22 So lang die Rüstungskonzerne in Deutschland nicht verstaatlicht sind und dem Druck
23 des Marktes unterliegen, müssen zum einen die Wettbewerbsfähigkeit und zum anderen
24 die Arbeitsplätze des Unternehmens gesichert werden. Dies kann aber in keinem Fall
25 auf Kosten von Menschenleben gehen, indem Waffen in Krisengebiete, wenn auch über
26 Umwege, geliefert werden, um Konflikte anzuheizen (s. Türkei in Syrien). Außerdem darf



1 es nicht auf Kosten der Menschenrechte, die von Regimen mit deutschen Waffen verletzt
2 werden (s. Gaddhafi und die Opposition). Um sicherzustellen, dass keine deutschen
3 Waffen über Umwege in Krisengebiete geliefert werden, müssen wirksame,
4 flächendeckende Endverbleibskontrollen eingeführt werden. Diese müssen über die
5 Größe von Stichproben hinausgehen um sicherzustellen, dass ein Land nicht eine
6 Lieferung ordnungsgemäß behält und aufbewahrt und eine andere Lieferung
7 weiterschickt.

8 Warum auch bei Bündnispartner:innen Kontrolle besser als Vertrauen ist.

9 Endverbleibskontrollen müssen bei allen Partner:innen stattfinden. In der Vergangenheit
10 hat sich gezeigt, dass die Waffen, welche in Drittstaaten exportiert werden, meist auch
11 in diesen verbleiben. Die Waffen jedoch, welche in Staaten exportiert werden, welche
12 Bündnispartner:innen Deutschlands sind, egal ob über NATO, UN oder EU diejenigen
13 Staaten sind, welche die Waffen dann im Sinne der Rüstungskonzerne weiterverkaufen.
14 Oder im schlimmsten Fall sogar im Sinne des jeweiligen Staates an terroristische
15 Gruppen oder andere Staaten weitergeben.

16

17 Wer soll die Kontrollen durchführen?

18 Die momentanen Endverbleibskontrollen werden durch das Auswärtige Amt und das
19 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle übernommen. Diese Aufgabenteilung
20 zwischen Außenministerium und Wirtschaftsministerium schafft eine weitere
21 gegenseitige Kontrolle, da das Auswärtige Amt in Deutschland traditionell durch den:die
22 Junior-Koalitionspartner:innen besetzt ist. Im Fall der letzten GroKo gibt das der SPD die
23 Möglichkeit die Waffenexporte die im Bundessicherheitsrat vor allem durch eine Unions-
24 Mehrheit beschlossen wurden, zu überprüfen.

25 Kein Arbeitsplatz wird bedroht.

26 Das Argument der letzten Bundesregierung, das durch diese „Post-Shipment-Kontrollen“
27 der wirtschaftliche Erfolg der Rüstungskonzerne bedroht wäre ist sehr fadenscheinig.



- 1 Gerade weil Deutschland weltweit einige der besten Panzer und U-Boote herstellt, wird
2 die wirtschaftliche Situation der Rüstungskonzerne nicht bedroht. Dies ist auch an den
3 vollen Auftragsbüchern sichtbar, so will Norwegen im nächsten Jahr 4 U-Boote von
4 „Thyssen-Krupp-Marine-Systems“ im Wert von 4,33 Milliarden Euro kaufen.
5 Griechenland hat im Jahr 2014 trotz Schuldenkrise Leopard-Panzer von „KMW“ für rund
6 1,7 Milliarden Euro gekauft. . Die Union fordert in den aktuellen Sondierungen eine
7 Erhöhung des Wehretats um die Bundeswehr neu auszustatten, ein weiterer Auftrag für
8 die deutschen Rüstungskonzerne der Milliarden einspielen sollte. Alles in allem spricht
9 nichts dagegen, Endverbleibskontrollen wirksam und flächendeckend umzusetzen um
10 aktuelle Situationen wie im Jemen zu verhindern, wo Saudische Bomber deutsche
11 Bomben auf Rebellen abwerfen die sich auch mit deutschem Gerät verteidigen.
- 12 **Deswegen fordern wir:**
- 13 Die SPD setzt sich für wirksame und flächendeckende Kriegswaffen-Endverbleibs-
14 Kontrollen auch bei militärischen Bündnispartner:innen ein.



1 **L: Ländlicher Raum und öffentliche Daseinsvorsorge**

2 *Antragsteller: Emilia Hummel*

3 *Adressat: Juso-Unterbezirkskonferenz*

4 *Weiterleiten an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-*
5 *Landesparteitag*

6 ***L1: Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für***

7 ***Jugendliche im ländlichen Raum***

8 Die Jugend als Reifeprozess stellt den wohl prägendsten Abschnitt für die
9 Identitätsfindung eines Menschen dar. Mag zwar die Ausprägung dieses Prozesses von
10 Individuum zu Individuum differieren, so teilen junge Menschen dennoch gewisse
11 Bedürfnisse;

12 Der Abnabelungsprozess vom Elternhaus mag ein solches sein, ebenso der Wunsch,
13 eigene Stärken zu entdecken und auszubauen, selbstständig zu sein, neue Erfahrungen
14 zu sammeln und, vor allem, sich mit Gleichaltrigen und / oder -gesinnten zu umgeben.
15 Auch ist es im Jugendalter wichtig, eigene Grenzen und Schwächen zu erkennen,
16 möglichst zu lernen, mit diesen umzugehen. Dies kann Jugendlichen nur gelingen, wenn
17 sie die Chance haben, sich an Neuem auszutesten und dabei Rückmeldung von einem
18 vertrauten, sozialen Gefüge bekommen.

19

20 Eine bewährte Methode, die nicht nur mit Bildungsprogrammen, Veranstaltungen und
21 Events speziell für Jugendliche, sondern auch schlicht einem Treff- und Anlaufpunkt für
22 genannte Zielgruppe aufwartet, sind Institutionen wie Jugendtreffs/-zentren/-häuser etc.
23 Diese Treffs existieren neben partei-, kirchlich oder institutionell geprägten
24 Jugendorganisationen und sind zweckfreie Einrichtungen mit „Wohnzimmer-Charakter“.
25 Neben einem unbeeinflussten Bildungsauftrag erfüllen sie auch den Wunsch
26 Jugendlicher, sich außerhalb von Vereinen und Schule zu vernetzen. Während nicht



1 Jede:r Anschluss zu kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten hat, können solche
2 Jugendeinrichtungen eben Jenen die Möglichkeit geben, sich an handwerkischen und
3 kreativen Aktivitäten zu versuchen oder auch einmal Verantwortung für ein Amt zu
4 übernehmen und sich in Teamarbeit, „learning by doing“, zu schulen. Dies stärkt die
5 Eigenverantwortung, das Selbstbewusstsein und den natürlichen Ababelungsprozess
6 von den Eltern, da Jugendliche sich in einem von übermächtigen Hierarchien und
7 Leistungsdruck freien Raum austoben können und durch das Wirkungsgefüge einer
8 Institution, die zwar eine Richtung weist, aber dennoch viel Platz für eigene Impulse und
9 Mitarbeit lässt, an ihren Herausforderungen wachsen.

10

11 Während in Städten eine große Auswahl an solchen Einrichtungen, ob in privater,
12 kirchlicher oder öffentlicher Hand, besteht, sind sie im ländlichen Raum kaum zu finden.
13 Während es in Passau allein acht Jugendtreffs gibt, gibt es im gesamten Landkreis
14 lediglich zwei kirchliche Jugendbüros in Pocking und Hauzenberg, das sich
15 hauptsächlich auf Glaubensaktivitäten beschränkt. Dass es möglich wäre, Strukturen für
16 mehr Jugendarbeit auf dem Land zu schaffen, zeigen Sportvereine und kirchliche
17 Verbände.

18

19 Dabei wäre es gerade im ländlichen Raum wichtig, solche selbstverwalteten
20 Zufluchtsorte zur Verfügung zu stellen. Da das ÖPNV-Netz auf dem Land nicht allzu
21 flexibel ist und nicht Jede:r über ein eigenes Fahrzeug verfügt, geschweige denn in
22 unmittelbarer Nähe zu einer größeren Stadt lebt, fehlt es an Angebot an und freier
23 Auswahl der Freizeitgestaltung. Zwar zieht es junge Erwachsene immer häufiger in
24 Ballungsräume und Städte, doch besteht auch ein Trend der Wiederkehr junger Familien
25 in die Peripherie, weshalb ein Bedarf an Jugendeinrichtungen bestehen bleiben dürfte.

26



1 Räumliche wie zeitliche Isolation lassen Jugendlichen umso weniger Raum, sich
2 abzunabeln und zu entfalten. Das enge Aufeinandersitzen mit der Familie und
3 festgefahren sein im Altbekannten in einer krisenschwangeren Zeit wie der Pubertät birgt
4 viel Konfliktpotential. Deshalb ist es besonders wichtig einen Ausgleich zu haben, der
5 nicht an Geld, Interessen oder Hierarchien gebunden ist. Des Weiteren wären solche
6 Jugendtreffs ein Anknüpfungspunkt, junge Menschen früh für den politischen Diskurs zu
7 begeistern. Im ländlichen Raum ist ein solcher außerhalb von Schule und Gasthäusern
8 eher nicht zu finden, in beiden Fällen ist mit einer inhaltlich freien Debatte eher nicht zu
9 rechnen. Würde man diesen durch das Etablieren bestimmter Plattformen anbieten, ließe
10 sich ein gewisser Trend zur Politikverdrossenheit und Unmut auf das „Establishment“,
11 das „unerreichbar in den Großstädten thront“, abbauen. Auch könnten junge Menschen
12 durch gezielte Projekte im voneinander Lernen für Themen wie sexuelle Identität und
13 Geschlechtsidentität, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Inklusion und Integration
14 sensibilisiert und eingebettet werden.

15
16 Während der Bayerische Jugendring, die Kirchen und der Landessportverband ihnen
17 untergeordnete Jugendarbeit bezuschussen, bleibt die weitere Unterhaltung in privater
18 Hand. Mögliche Finanzhilfe erfahren Jugendzentren und die dort oft ehrenamtlich
19 Arbeitenden höchstens durch Sponsoren oder die jeweiligen Gemeinden, welche
20 allerdings häufig nicht über die entscheidenden Mittel verfügen. Der Freistaat Bayern
21 muss den Gemeinden also unter die Arme greifen, um angemessene und angemessen
22 flächendeckende Jugendzentren anzubieten.

23
24 Das Sozialgesetzbuch schreibt eine solche Förderung indirekt vor, siehe § 11 Abs. 1
25 SGB VIII : „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen
26 Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger
27 Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur



1 Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu
2 sozialem Engagement anregen und hinführen.“ Dass der Freistaat Bayern im Umsetzen
3 dessen bisher gescheitert ist, scheint offensichtlich. Freie Träger der Jugendarbeit müssen
4 mehr Unterstützung aus öffentlicher Hand erfahren. Während eine Kooperation mit
5 Organisationen wie ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung),
6 dem Bundesjugendring und dem Bund der deutschen Landjugend wünschenswert ist,
7 müssen die eigenverantwortlichen Institutionen ihnen gerecht werdende Mittel zur
8 Verfügung gestellt bekommen, um dauerhaft ein interessantes Programm anbieten zu
9 können. Denn hat ein Jugendzentrum erst einmal Zulauf, ist sein Bestehen vorerst
10 gesichert und selbst befeuernd.

11

12 **Konkrete Forderungen**

- 13 - Flächendeckend eigenverantwortliche und nicht zweckgebundene
14 Bildungseinrichtungen für junge Menschen schaffen, Ausbau solcher insbesondere im
15 ländlichen Raum
- 16 - Entlastung der Gemeinden durch Bezuschussung von Jugendzentren durch den
17 Freistaat Bayern
- 18 - Kooperation mit Dachverbänden, die in der Jugendarbeit tätig sind, aber nicht an
19 eine höhere Institution (Kirche, Parteien, Sportverbände etc.) gebunden sind,
20 beispielsweise ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung),
21 Bundesjugendring, Bund der deutschen Landjugend



1 ***L2: Resolution: „Wir haben die Agrarindustrie satt!“ – richtig so!***

2 *Antragssteller*in: Johannes Just*

3 *Adressat*innen: Juso Unterbezirk Passau; Juso Bezirk Niederbayern*

4 **Resolution:**

5 Für ihren Protest gegen die Praxis der Agrarindustrie sprechen wir den
6 Organisator*innen der Großkundgebung „Wir haben Agrarindustrie satt!“ am
7 20.01.2018 in Berlin unsere Unterstützung aus. Wir teilen die Ziele einer bäuerlich-
8 ökologischen Landwirtschaft, artgerechter Tierhaltung, globaler Bäuer:innenrechte und
9 eines gerechten Welthandels. Den Demonstrierenden am 20.01., aber auch auf den
10 zahlreichen dezentralen Kundgebungen gleicher Zielsetzung, wie am 27.01. in Passau,
11 gilt unsere Solidarität.



1 *Antragsteller: Luca Lüneburg, Ludwig Kerscher*

2 *Adressat:innen: Juso Unterbezirkskonferenz, Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskongress, SPD Unterbezirksparteitag, SPD*
3 *Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag an die SPD- Landtagsfraktion*

4 ***L3: Revolution des ÖPNVs***

5 **Prolog:**

6 Tallinn als erste europäische Hauptstadt macht es vor, verschiedene belgische und
7 französische Kommunen ebenso: Der öffentliche Personennahverkehr zum Nulltarif.
8 Währenddessen in Bayern: Tarifwirrwarr – für wenige Kilometer müssen mitunter
9 mehrere überbezahlte Tickets gelöst werden. Gerade im ländlichen Raum ist die
10 Kooperation der verschiedenen Verkehrsverbände schlecht, wodurch des Öffentl
11 signifikante Wartezeiten für die einzelnen Passagier:innen an regionalen
12 Zuständigkeitsgrenzen entstehen. Sogar der Rückbau einzelner Verbindungen ist kein
13 Tabu mehr. Gerade in finanzschwachen Kommunen ist die Möglichkeit der
14 gesellschaftlichen Teilhabe für all jene, die sich außerhalb des fahrfähigen Alters
15 befinden oder aus anderen Gründen kein eigenes Kraftfahrzeug unterhalten können
16 oder wollen stark eingeschränkt. Besonders im Schichtdienst ist das eigene
17 Verkehrsmittel heutzutage kaum mehr wegzudenken, denn öffentliche Verkehrsangebote
18 außerhalb der üblichen Stoßzeiten sind Mangelware. Dies schadet vor Allem der
19 Wirtschaft: Arbeitssuchende werden von vornherein abgeschreckt, sich auf
20 Jobangebote zu bewerben, die etwas entfernter von der eigenen Haustür liegen. Und
21 auch das soziale Miteinander leidet: Junge Menschen müssen viel zu früh den letzten
22 Bus nehmen und auf den restlichen Abend mit (Partei-)Freund:innen verzichten. Ältere
23 Menschen vereinsamen, weil ihre eingeschränkte Mobilität nicht öffentlich kompensiert
24 wird. Viele Gegenden sind ohne ausgiebige Fußmärsche überhaupt nicht mehr
25 angeschlossen. Und oftmals passt die Gehhilfe oder das Fahrrad dann auch nicht ohne
26 Weiteres in den Bus. Doch auch in Metropolregionen wie dem Großraum München
27 plagen überbezahlte Ticketpreise die Bürger:innen. Der allgegenwärtige Investitionsstau
28 macht Pendeln mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zur Glaubensfrage und motiviert



1 stattdessen täglich Millionen Bürger:innen, lieber den PKW für den Weg zum
2 Arbeitsplatz zu nutzen. Neue Technologien wie das autonome Fahren werden
3 stiefmütterlich behandelt und gegenüber konventionellen Herangehensweisen
4 vernachlässigt.

5 Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Ein solidarisch finanzierter, moderner, flexibler
6 und zukunftsorientierter öffentlicher Personennahverkehr. Dies entlastet die Umwelt, ist
7 sicherer, zuverlässiger und ökonomischer als der tägliche motorisierte
8 Individualverkehr. Die positiven Beispiele mit gelungener Umstellung der öffentlichen
9 Verkehrsmittel auf einen Betriebsmodus, der ohne Zahlung der individuellen Nutzung
10 auskommt machen dieses Konzept zu einem förderungswürdigen und
11 vielversprechenden Lösungsansatz.

12

13 **Deswegen fordern wir:**

14 Die SPD setzt sich ein für:

- 15 • ein Kooperationsgebot zur engeren Abstimmung der Verkehrsverbände.
- 16 • die konsequente Modernisierung bei gleichzeitigem Ausbau bestehender
17 Systeme und Linien.
- 18 • die Förderung der Forschung nach neuer Technik (bspw. autonome Fahrsysteme).
- 19 • die Förderung und Erprobung von Modellen des kostenlosen ÖPNVs:
 - 20 ○ finanziert durch Steuermittel (im Gesamthaushalt)
 - 21 ○ finanziert durch Beiträge (Verkehrsabgabe) von
 - 22 ▪ Arbeitgeber:innen
 - 23 ▪ Tourist:innen
 - 24 ▪ Grundstückseigentümer:innen
 - 25 ▪ Autofahrer:innen und/oder
 - 26 ▪ die gesamte Bevölkerung in einer sozialen Staffelung.

27



1 **M: Medizin und Forschung**

2 *Antragstellerinnen: Berna Sahin und Anna Katharina Kassautzki*

3 *Adressat:innen: Juso-Unterbezirkskonferenz Passau, Juso-Bezirkskonferenz Niederbayern, Juso-Landeskonferenz*
4 *Bayern, Juso Bundeskongress, SPD-Unterbezirkskonferenz Passau, SPD-Bezirkskonferenz Niederbayern, SPD-*
5 *Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag*

6 **M1: Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!**

7 Fast jeder dritte Mensch leidet im Laufe seines Lebens an einer Behandlungsbedürftigen
8 psychischen Krankheit, dazu gehören unter anderem Depressionen,
9 Alkoholerkrankungen und bipolare Störungen. Durch die Tabuisierung, die wir immer
10 noch in unserer Gesellschaft erleben, ist die Hemmschwelle sehr hoch, sich präventiv
11 bereits in Behandlung zu geben – es wird abgewartet, bis das „normale Leben“ nicht
12 mehr möglich ist. Das Bundesministerium für Gesundheit fördert Aufklärungskampagnen
13 und –vereine, hat allerdings keine eigene Kampagne.¹ In Europa sind 50.000.000
14 Bürger:innen von Depressionen und Suchterkrankungen betroffen.²
15 Es gibt zwei Arten Psychotherapeut:in zu werden. Für die Ausbildung zur:zum
16 psychologischen Psychotherapeut:in bedarf es eines Bachelor- und Masterstudiums der
17 Psychologie mit Schwerpunkt klinischer Psychologie . An das Masterstudium der
18 Psychologie schließt sich eine Psychotherapeut:innenausbildung an, die sich über einen
19 Zeitraum von 3-5 Jahren erstreckt und im Durchschnitt 20.000€ kostet.³ Mit
20 abgeschlossener Ausbildung erfolgt die Approbation, die zu einer Kassenzulassung
21 führen kann und somit zur selbstständigen Arbeit. Psychologische Psychotherapeut:innen
22 dürfen lediglich therapieren.

¹<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/s/seelische-gesundheit.html>

²<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/betriebliche-gesundheitsfoerderung/gesundheits-und-wohlbefinden-am-arbeitsplatz.html>

³[http://www.psychologie-studieren.de/ausbildung-zum-psychologischen-psychotherapeuten/;](http://www.psychologie-studieren.de/ausbildung-zum-psychologischen-psychotherapeuten/)
<http://www.kbap.de/ausbildung/psychotherapieausbildung/psych-psychotherapeutin-ap/kosten/>



1 Für die Ausbildung zur:zum medizinischen Psychotherapeut:in benötigt man ein
2 Medizinstudium mit anschließender Fachärzt:innenausbildung. Medizinische
3 Psychotherapeut:innen, auch Psychiater:innen genannt, sind befugt Medikamente zu
4 verschreiben und Diagnosen zu stellen.

5 Die Verhältniszahlen, die zur Ermittlung des Bedarfes an Psychotherapeut:innen genutzt
6 werden, stammen noch aus dem Jahr 1999. Während die Verhältniszahlen fast
7 flächendeckend eine Überversorgung vermitteln, leiden tatsächlich 5.000.000
8 Menschen in Deutschland an einer psychischen Krankheit, während allerdings nur
9 1.500.000 Behandlungsplätze zur Verfügung stehen.⁴ Dies führt zu einer
10 durchschnittlichen Wartezeit von 3 Monaten bis zum ersten Beratungstermin. Durch das
11 Versorgungsstrukturgesetz 2012 wurden, dank der alten Verhältniszahlen, Praxen
12 geschlossen und stillgelegt, statt die Versorgung weiter auszubauen.⁵ Vor allem jetzt, da
13 viele Geflüchtete mit Traumata zu uns kommen, stehen die Verhältniszahlen von 1999
14 in keinerlei Relation zum eigentlichen Bedarf.

15 Während der Ausbildung zum:zur Psychotherapeut:in müssen die Auszubildenden
16 1.200 Praxisstunden an einer psychiatrischen klinischen Einrichtung und 600 Stunden
17 bei der psychotherapeutischen oder psychosomatischen Versorgung in einer Praxis
18 ableisten.⁶ Hierzu gibt es noch keine gesetzliche Regelung über die Vergütung und das
19 genaue Vertragsverhältnis der Auszubildenden. Es ist also Sache des:der Arbeitgeber:in,
20 ob die Auszubildenden in ihrer Praxiszeit als Praktikant:innen oder anders vergütet
21 werden.

22 Psychische Krankheiten sind die Ursache von 10% aller Fehltage und häufig Grund für
23 einen frühzeitigen Eintritt in die Rente.⁷ Durch häufig einseitige psychische Belastung

⁴<http://www.zeit.de/2011/47/C-Psychotherapeuten/komplettansicht>

⁵<http://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/psychotherapie101.html>

⁶PiA – Handlungshilfe für betriebliche Interessenvertretungen, ver.di, S, 13.

⁷<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/betriebliche-gesundheitsfoerderung/gesundheit-und-wohlbefinden-am-arbeitsplatz.html>



1 und körperliche Unterforderung am Arbeitsplatz entstehen häufig körperliche
2 Beschwerden, die zu Ausfällen führen können. Diese führen wiederum zu erhöhtem
3 Zeitdruck und damit einhergehende Überforderung.

4 Auch an Universitäten ist die psychische Versorgung der Studierenden stark
5 standortabhängig. So wartet man beispielsweise an der Universität Passau mitunter
6 länger als einen Monat, bis überhaupt eine Reaktion des:der Seelsorger:in erfolgt. Diese
7 besteht in manchen Fällen aus dem schlichten Hinweis, sich anderweitig Hilfe zu suchen.
8 Das psychologische Beratungsangebot wird dem augenscheinlich großen Bedarf an
9 psychischer Unterstützung im Studium daher nicht gerecht. Der Druck, dem Studierende
10 mittlerweile während des Studiums ausgesetzt sind ist immens. Neben einer
11 Regelstudienzeit haben viele Universitäten eine Maximalsemesteranzahl eingeführt. Das
12 führt dazu, dass ein ehrenamtliches Engagement außerhalb der Universität immer
13 schwieriger wird. Auch Studierende, die auf einen Nebenjob angewiesen sind, sind
14 mehr belastet. Das Studium entwickelt sich immer mehr zu einer scheinbar für alle
15 offenen Institution, die allerdings am einfachsten für Menschen mit genug Geld zu
16 bestreiten ist. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, dass kommerzielle juristische
17 Repetitorien in ihrem Programm zusätzlich kostenpflichtige psychologische Unterstützung
18 an.⁸ Selbst wenn sich Jurastudent:innen mit geringerem Einkommen das private
19 Repetitorium leisten können, müssen sie hier erneut in die Tasche greifen.

20

21 **Deswegen fordern wir:**

- 22 • Es muss eine breit ausgebaute Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für
23 Gesundheit geben. Affektive Störungen müssen endlich in ihrer Schwere auch
24 öffentlich als Krankheit wahrgenommen werden! Es darf kein Tabu mehr sein in

⁸<https://www.hemmer-win.de/>



- 1 der Öffentlichkeit über affektive Störungen genauso zu reden, wie über ein
2 gebrochenes Bein oder einen amputierten Arm.
- 3 • Um die Menge an Patient:innen wirksam und zeitnah behandeln zu können,
4 brauchen wir genug Psychotherapeut:innen im Land. Hierfür muss die Ausbildung
5 gebührenfrei werden. Auch bei anderen Ausbildungen wurde die Branche nicht
6 durch Gebührenfreiheit zerstört.
 - 7 • Psychotherapeut:innen in Ausbildung müssen fair entlohnt werden. Hierzu muss
8 in Kooperation mit den Gewerkschaften eine Vergütung wie bei Mediziner:innen
9 in der Facharzt:innenausbildung erfolgen.
 - 10 • Die Verhältniszahlen für den Bedarf an Psychotherapeut:innen müssen endlich an
11 die Realität angepasst und regelmäßig aktualisiert werden! Neben dem Ausbau
12 müssen aber auch in der Ausbildung der Psychotherapeut:innen Traumata durch
13 Kriege und Folter verstärkt behandelt werden, um allen Menschen effektiv helfen
14 zu können.
 - 15 • Auch an Universitäten muss die Versorgung mit Psychotherapeut:innen
16 ausgebessert werden. Hier gilt es genug Kräfte anzustellen, dass Studierenden
17 über kurzfristige Tiefs hinweggeholfen werden kann und diese – sollten die
18 Probleme grundlegender und schwerwiegender sein – zeitnah an eine:n
19 geeignete:n Psychotherapeut:in überwiesen werden. Es kann nicht sein, dass
20 Studierende mitunter vier Wochen auf eine Absage per Mail warten müssen.
- 21



1 *Antragsteller: Luca Lüneburg*

2 *Adressat:innen: Juso Unterbezirkskonferenz, Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskongress, SPD*
3 *Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag zur Weiterleitung an die SPD*
4 *Bundestagsfraktion*

5 ***M2: Keine Fortpflanzung mit reprogrammierten Körperzellen***

6 **Prolog:**

7 Die deutsche Rechtslage im Bereich der Stammzellenforschung und ihrer Anwendung
8 in der Humanmedizin gilt als äußerst restriktiv. Und in der Tat verbieten das
9 Stammzellenschutzgesetz sowie das Embryonenschutzgesetz viele Möglichkeiten von
10 Forschung und Therapie, die in anderen Nationen mittlerweile erlaubt wurden.⁹
11 Die mit bis zu fünf Jahren Gefängnis höchste Strafandrohung des
12 Embryonenschutzgesetzes findet sich auf die Verwendung einer menschlichen
13 Keimzelle (im Wesentlichen Ei- und Samenzellen) mit künstlich veränderter
14 Erbinformation zur Befruchtung. Die hierbei unumkehrbaren „zu erwartenden
15 Fehlschläge“ wie schwerste Missbildungen waren Grund für den Gesetzgeber, tätig zu
16 werden.¹⁰
17 Das Problem, das das 1990, und damit im „Mittelalter der Reproduktionsmedizin“
18 (Spiewak) verabschiedete Embryonenschutzgesetz jedoch nicht bedenkt: Mittlerweile
19 können auch fertig ausdifferenzierte Körperzellen von Erwachsenen, beispielsweise
20 aus Blut oder Haut, zu sogenannten induzierten pluripotenten Stammzellen
21 zurückprogrammiert werden.¹¹ Diese können, wie im Tierversuch bereits
22 nachgewiesen, auch zur Fortpflanzung eingesetzt werden.¹²

⁹ <http://www.drze.de/im-blickpunkt/stammzellen/gesetze-und-regelungen>

¹⁰ Gesetzesbegründung EschG, BT-Drs. 11/5460

¹¹ https://www.wissenschau.de/stammzellen/ips_zellen.php

¹² <http://www.taz.de/!5346042/>



1 Hierbei wird die Erbinformation der Zellen bei diesem Reprogrammierungsprozess
2 durch äußere Faktoren grundsätzlich intakt gelassen.¹³ Daher fallen Sie nicht unter das
3 Verbot der Verwendung zur Befruchtung des Embryonenschutzgesetzes.
4 Nichtsdestoweniger erlebten die Zellen, die als Ausgangsmaterial für die
5 Reprogrammierung dienen sollen, bereits eine Vielzahl von natürlichen Mutationen.
6 Zudem sind sie als bereits ausdifferenzierte Körperzellen eigentlich nicht mehr in der
7 Lage, zur Fortpflanzung zu dienen.
8 Diese Risikofaktoren schaffen ein ähnliches Gefährdungsbild wie bei der Verwendung
9 von genmanipuliertem Material. Es sind ebenso nicht absehbare Konsequenzen unter
10 Verwendung von eigentlich ausdifferenzierten wie genetisch veränderten Zellen zu
11 erwarten. Die für den:die Einzelne:n schweren und unumkehrbare Folgen schaffen
12 dringenden Handlungsbedarf!

13

14 **Forderung:**

- 15 - Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot der Verwendung von auf
16 ausdifferenzierten Körperzellen basierendem Material zur Fortpflanzung in das
17 Embryonenschutzgesetz aufgenommen wird bis diese Art der Reproduktion in
18 der Sicherheit mit der natürlichen Fortpflanzung vergleichbar ist.

¹³ <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1934590913003135?via%3Dihub>



1 *Antragsteller: Luca Lüneburg*

2 *Adressat:innen: Juso Unterbezirkskonferenz, Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskongress, SPD*
3 *Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag zur Weiterleitung an die SPD*
4 *Bundestagsfraktion*

5 **M3: Eizellspende legalisieren**

6 **Prolog:**

7 Die Samenspende ist seit vielen Jahren in Deutschland Realität, dagegen ist die
8 Eizellspende durch das deutsche Embryonenschutzgesetz mit einer Freiheitsstrafe von
9 bis zu 3 Jahren unter Strafe gestellt. Deutschland stellt damit eines der wenigen
10 verbleibenden Länder in Europa dar, welche die Eizellspende verbieten. Während
11 also unfruchtbare Männer mit Hilfe einer Samenspende eine Familie gründen können,
12 bleibt Frauen diese Möglichkeit verwehrt. Das stellt eine nicht zu rechtfertigende
13 Ungleichbehandlung der Geschlechter dar.

14 Begründet wird das Verbot meist damit, dass eine durch die Eizellspende entstehende
15 „gespaltene Mutterschaft“ für das Kind ein Identifikationsproblem darstelle und
16 dadurch das Kindeswohl gefährdet sei. Es ist jedoch durch ausländische Forschungen
17 belegt, dass keine bedeutsamen Nachteile für die Entwicklung und das Wohlbefinden
18 der Kinder sowie der Eltern-Kind-Beziehung entstehen. Zudem ist nicht einsichtig, wieso
19 die Tatsache, zwei Mütter zu haben, für das Kind belastender sein sollte, als zwei
20 Väter mittels Samenspende zu haben. Im Gegenteil hat das Kind dadurch, dass es von
21 der nicht-genetischen Mutter 9 Monate ausgetragen wurde und diese das Kind
22 geboren hat, zu dieser sogar mehr Verbindung als zu einem nicht-genetischen, rein
23 sozialen Vater.

24 Bei der Eizellspende werden die Eierstöcke einer Spenderin medikamentös stimuliert,
25 um mehrere Eizellen gleichzeitig reifen zu lassen, welche dann meist unter Narkose
26 durch Punktion entnommen werden. Diese werden dann vorwiegend im Reagenzglas
27 mit Sperma befruchtet und in die Empfängerin transferiert. Die Stimulationstechnik und
28 der anschließende medizinische Eingriff stellen ein gesundheitliches Risiko für die



1 Spenderin dar. Allerdings sollte es jeder Frau selbst überlassen sein, selbstbestimmt
2 darüber zu entscheiden, ob sie dieses Risiko auf sich nehmen möchte, um einem Paar
3 den unerfüllten Kinderwunsch zu erfüllen. Um die selbstbestimmte und altruistische
4 Entscheidung der Spenderin zu gewährleisten, muss genau wie bei einer Lebendorgan-
5 oder Knochenmarkspende die Kommerzialisierung und Ausbeutung von Spenderinnen
6 durch die Schaffung strenger gesetzlicher Vorgaben vermieden werden. Einer Frau
7 jedoch gesetzlich zu verbieten, über ihren Körper zum Wohle anderer verfügen zu
8 dürfen, ist – wie auch die vergleichbare Lage bei der Knochenmarksentnahme oder
9 Nierenspende zeigt – nicht begründbar.

10 Viele Paare sehen sich aufgrund der momentanen Gesetzeslage dazu gezwungen, ins
11 Ausland zu gehen um dort eine Eizellspende in Anspruch zu nehmen. Dort wird jedoch
12 oft die anonyme Eizellspende praktiziert, wodurch dem Kind sein verfassungsrechtlich
13 garantiertes Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung verwehrt bleibt. Somit würde
14 das Interesse des Kindes, seine Abstammung zu erfahren, durch eine Legalisierung in
15 Deutschland gewährleistet und dadurch sein Kindeswohl geschützt werden.

16 Das Verbot der Eizellspende „bestraft“ die Unfruchtbarkeit von Frauen härter als
17 Männer. Außerdem bevormundet es Frauen, welche gerne Eizellen spenden würden
18 und beschränkt sie in ihrer Handlungsfreiheit. Des Weiteren fördert es den
19 „Reproduktionstourismus“ mit der daraus resultierenden Folge, dass dem Kind die
20 Möglichkeit genommen wird, seine genetische Abstammung zu erfahren.

21

22 **Daher ist zu fordern:**

- 23 • Das Verbot der Eizellspende in § 1 ESchG muss gestrichen werden.
- 24 • Geeignete gesetzliche Regelungen müssen ergriffen werden, um eine
25 Kommerzialisierung der Eizellspende zu verhindern und unter Strafe zu stellen.
- 26 • Wie bei der Samenspende muss ein Register errichtet werden, was dem Kind
27 die Möglichkeit der Kenntnisnahme seiner Abstammung garantiert.



1 **O: Organisatorisches**

2 Antragsteller: Erik Olcese

3 Adressat:innen: Juso Unterbezirkskonferenz

4 ***01: Schaffung eines Organisatorischen Hilfskomitees***

5 **Einleitung**

6 Mitglieder der Jusos die ein Amt innehatten, dies aber abgegeben haben, aber trotzdem
7 noch Teil der aktiven Gruppe sind, werden bereits gerne zu Rate gezogen bei
8 Entscheidungen die die Jusos betreffen. Die Entstehung eines „Organisatorischen
9 Hilfskomitees“ (OHK) welches die Funktion eines Ältestenrats übernimmt, unterstützt
10 diesen Bedarf. Das Komitee setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die
11 Vorsitzendenpositionen innehatten. Es gibt keinen Vorstand innerhalb des OHK,
12 Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen. Auch stellt das OHK keine
13 Doppelstruktur zum aktiven Vorstand dar, da die Mitglieder nicht gewählt werden. Es
14 hilft bei organisatorischen Belangen und berät auf Nachfrage. Auch dient das OHK
15 neugewählten Vorständen Unterstützung an, u.a. bei Fragen zu Sitzungsabläufen. Das
16 OHK übernimmt überdies auch eine vermittelnde Rolle bei möglichen Streitfällen,
17 allerdings nur auf Wunsch der Vorstandschaft. Das OHK soll nur im Bereich des Juso-
18 UB Passau wirken. Eine Erweiterung auf nächsthöhere Ebene ist nicht vorgesehen.

19

20 **Forderung**

- 21 - Schaffung eines „Organisatorischen Hilfskomitees“ (OHK), bestehend aus
22 Mitgliedern die Vorsitzendenpositionen innehatten.



1 *Antragsteller*innen: Erik Olcese, Lorena Pujja*

2 *Adressat*innen: Juso Unterbezirkskonferenz*

3 **02: Ein Ende der Berichterstattung in Sicht?**

4 **Einleitung**

5 Die Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereinen, Verbänden und Gremien
6 dienen in erster Linie den anwesenden Menschen zur Information über ihre
7 Arbeitsweisen und ihre Ergebnisse. Leider nehmen diese Berichte oft 2/3 der
8 Sitzungszeit in Anspruch. Dazu ist der Inhalt vieler Berichte für Neumitglieder schwer
9 verständlich, da die Strukturen noch nicht bekannt sind. Die Aufmerksamkeit der
10 Anwesenden lässt spürbar nach, je länger die Berichte sich ziehen. Um diesen Teil der
11 Sitzung zu kürzen und auf die für die Gruppe relevanten Inhalte herunterzubrechen,
12 sollte der Vorstand berichten. Zuvor sollen alle Vorsitzenden, Sprecher*innen oder
13 Anwesende der verschiedenen Gruppen, das Wichtigste dem Vorstand schriftlich
14 mitgeteilt haben. So wird der Berichtteil gekürzt und die Sitzung kann sich mit Themen
15 auseinandersetzen, die alle Anwesenden betreffen.

16

17 **Forderung**

- 18 - Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften, Verbänden und Vereinen werden vor
19 der Sitzung den Vorständen schriftlich mitgeteilt
- 20 - Die Zeit der Berichte beträgt eine Minute. Nur wenn die Mitglieder diese
21 Begrenzung aufheben kann länger berichtet werden.
- 22 - Die beiden Forderungen gelten nicht, sollte es ein Diskussionspunkt sein. Dann ist
23 dieser aber nicht unter „Berichten“ einzubringen.



1 *Antragstellerin: Lorena Puja*

2 *Adressat*innen: Juso-Unterbezirkskonferenz, Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag*

3 **03: Demokratieandidaturen – mehr innerparteilichen Wettstreit**
4 **wagen!**

5 Wir fordern die Abschaffung des Begriffs „Kampfkandidatur“, wenn es darum geht, dass
6 sich zwei Personen für ein Amt aufstellen lassen möchten. Die Definition von „Kampf“
7 zeigt deutlich, dass der Begriff unpassend und abschreckend ist.

8 Definition Kampf:

9 1. größere militärische Auseinandersetzung feindlicher Truppen

10 2.

11 1. handgreiflich, auch mit Waffen geführte, heftige Auseinandersetzung
12 zwischen zwei oder mehreren [persönlichen] Gegnern

13 2. heftig ausgetragene Kontroverse zwischen Gegnern hinsichtlich ihrer
14 Auffassungen, Interessen, Ziele

15 3. (Sport) sportlicher Wettkampf

16 3. fortgesetzte angestrengte Bemühung zur Erreichung oder Verhinderung von etwas

17 4. innerer Zwiespalt, inneres Ringen um etwas (Duden)

18

19 Abschreckend dahingegen, dass viele potentielle Genoss*innen auf einen Posten
20 verzichten, wenn bekannt wird, dass eine weitere Person Interesse am selben Posten
21 zeigt. Daraufhin wird zur Wahrung des Parteifriedens die Aufstellung zurückgezogen.



- 1 Hingegen bei einer „Demokratiekandidatur“ sind die Genoss*innen eher gewillt sich
- 2 aufstellen zu lassen. Somit entsteht auch innerhalb der Partei eine neue Debattenkultur
- 3 und der Ausgang der Aufstellungskonferenz ist nicht schon zwei Wochenvorher bekannt.



1 *Antragsteller: Erik Olcese*

2 *Adressat*innen: Juso Unterbezirkskonferenz*

3 **04: Umbenennung des Vorstands auf inoffiziellen Sitzungen**

4 **Einleitung:**

5 Als sozialdemokratischer Richtungsverband sollten die Jusos an die revolutionären
6 Traditionen unserer Vorkämpfer*innen anknüpfen. Das Singen von Liedern der
7 Arbeiter*innenbewegung der letzten Jahrzehnte auf inoffiziellen und außerordentlichen
8 Stammtischen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ebenso das Erinnern an
9 Ereignisse der Bewegung. Ein noch wesentlicherer Schritt ist die Forderung, sich auch in
10 den Titeln der Vorsitzenden den revolutionären Traditionen anzuschließen. Die
11 Umbenennung des Vorstandes in „Zentralkomitee“ weist nicht nur auf einen
12 revolutionären Gedanken hin, sondern verabschiedet sich von einem Begriff der eher
13 aus dem Feld der freien Wirtschaft bekannt ist. „Vorstandsvorsitzende“ gibt es in
14 Banken, groß- und kleinkapitalistischen Unternehmen, sowie Holdinggesellschaften. Um
15 nicht den kapitalistischen Jargon zu übernehmen, wird gefordert sich von diesen
16 sprachlichen Ketten zu lösen und sich begrifflich mit den sozialistischen und
17 marxistischen Traditionen zu vereinen.

18

19 **Forderung:**

- 20 - Umbenennung der Juso Vorstandschaft in „Zentralkomitee der Jusos“ an
- 21 inoffiziellen Stammtischen.
- 22 - Umbenennung der Vorsitzenden zu „Generalsekretär*innen des
- 23 Zentralkomitees“ an inoffiziellen Stammtischen
- 24 - Umbenennung der Beisitzer*innen zu „Mitglied des Politbüros der Jusos“ an
- 25 inoffiziellen Stammtischen
- 26 - Umbenennung des „OHK“s in „OHK des ZKs der Jusos“ auf inoffiziellen
- 27 Sitzungen



1 **R: Rechtsextremismus**

2 *Antragsteller:innen:* [REDACTED]

3 *Adressat:innen:* Juso Unterbezirkskonferenz, Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD
4 *Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag zur Weiterleitung an die SPD*
5 *Bundestagsfraktion*

6 ***R1: "Der Dritte Weg" muss endlich verboten werden!***

7 **Prolog:**

8 Im April 2012 sprach sich der Bayerische Landtag einstimmig dafür aus, die
9 Organisation "Freies Netz Süd" (FNS) zu verbieten. Bis zum endgültigen Verbot durch
10 das Bayerische Innenministerium gingen allerdings mehr als zwei Jahre ins Land. Durch
11 diese enorme zeitliche Verzögerung hatten die Mitglieder des FNS die Möglichkeit, sich
12 Ausweichstrukturen zu schaffen.

13 Die Partei "Der Dritte Weg" wurde am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet.
14 Sie setzt sich zusammen aus (Ex-)Mitgliedern der NPD und des FNS. Durch die
15 Gründung in Heidelberg und die Beteiligung anderer Akteur:innen aus der
16 rechtsextremen Szene, konnte ein direktes Verbot als Nachfolgeorganisation verhindert
17 werden. Die Gründung einer Partei erfolgte auch, um einen zusätzlichen Schutz durch
18 das von ihnen bekämpfte Grundgesetz in Form des Parteienprivilegs zu gewährleisten.
19 Die Partei setzt, im Gegensatz zu anderen Parteien, nicht auf personelles Wachstum.
20 Die radikal-völkischen Nationalist:innen sehen sich selbst als eingeschworenen Kreis an
21 Aktivist:innen, deren Ziel es ist, die Bundesrepublik Deutschland zu zerstören. So fordern
22 sie, dass das "Volk den illusionären Unwert 70-jähriger Umerziehung gänzlich abstreift"
23 und stellen sich damit direkt in eine Linie mit der Nazi-Ideologie der NSDAP.

24 Zudem vernetzt sich „Der Dritte Weg“ mit rechtsextremen Gruppen im Ausland, unter
25 anderem der goldenen Morgenröte in Griechenland und dem "Nordic Resistance
26 Movement", die immer wieder auch durch Verherrlichung der SS und Adolf Hitler
27 auffallen. In Deutschland besteht Kontakt zur Identitären Bewegung.



1 Unter anderem fordert „Der Dritte Weg“ die Wiederherstellung der Grenze von 1937.
2 Auch die Aneignung von teils verbotenen nationalsozialistischen Symbolen und Ritualen
3 ist Kernelement der Partei – mitunter zeigen sie diese in der Öffentlichkeit.
4 Grundsätzlich sieht sich „Der Dritte Weg“ als Verteidiger des „Deutschen Volkes“ und
5 der „germanischen Kultur“. So schreiben sie auf ihrer Website, durch „fieberhaften
6 Wahn multikultureller Volksvermischer droht heute ganz Europa zu zerbrechen und
7 unwiederbringlich niederzugehen“. Die hier genutzte Terminologie der
8 „Volksvermischung“ steht nicht nur in der Tradition des Nationalsozialismus, sondern
9 entstammt diesem auch.

10

11 Zusammensetzung und Organisation

12 Der Gründer der Aussteiger:innenorganisation „Exit“, Bernd Wagner, sieht den „Dritten
13 Weg“ als eine Partei, die sich selbst im „Partisanenkrieg gegen die Demokratie“ wähnt.
14 Mit Gewalttaten gegen Geflüchtete und Andersdenkende widersprechen die Taten und
15 Ziele der Partei klar der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

16 Zudem dient „Der Dritte Weg“ als ein Auffangbecken für Mitglieder verbotener
17 Kameradschaften. Vielen dieser Neonazis wird nicht nur politisch eine neue Heimat
18 geboten, sie sind auch in Vorstandspositionen wiederzufinden.

19 An der Organisation und der Art der Aktivitäten ist zu erkennen, dass „Der Dritte Weg“
20 tatsächlich eine Nachfolgeorganisation des „Freien Netz Süd“ ist. So heißen ihre
21 Vertretungen auf Kreis- oder Bezirksebene „Stützpunkte“ und dienen ihren Kadern als
22 Netzwerkbasis zur Missionierung. Man kann nicht sofort Mitglied werden, sondern
23 startet als Fördermitglied, mit der Option als Vollmitglied aufgenommen zu werden.
24 Hierzu muss eine Mitgliederversammlung abgehalten werden. So kontrolliert die Partei,
25 dass keine unliebsamen Menschen Mitglieder werden und die stramme Neonazi-Linie
26 fortgeführt wird.



1 Die Entstehung neuer Stützpunkte im Bundesgebiet bei nur schwach wachsender
2 Mitgliederzahl zeigt, dass "Der Dritte Weg" nur auf Bundesebene verboten werden
3 kann. Drohungen und Gewaltdelikte sind Teil des Auftretens der Rechtsextremen, die
4 sich auf Veranstaltungen auch mit rechten Terrorist:innen zeigen, wie dem verurteilten
5 Karl-Heinz Statzberger, dessen Anschlagversuch auf ein jüdisches Gemeindezentrum
6 in München vereitelt wurde.

7

8 Teilnahme an Wahlen

9 „Der Dritte Weg“ strebt keine wirkliche Mitarbeit in Parlamenten an, bisher ist sie seit
10 ihrer Gründung lediglich bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz angetreten-
11 Stattdessen versucht sie durch ihren Organisation und das aufgebaute Netzwerk gezielt
12 Ängste zu schüren und Menschen zu Hetze und Gewalttaten anzustacheln.

13

14 Aktionsprofil

15 "Der Dritte Weg" betreibt Hetzkampagnen im Netz, veröffentlichte unter anderem eine
16 interaktive Karte, in der Geflüchtetenunterkünfte mit detaillierten Beschreibungen
17 vermerkt waren. Auch Flyeraktionen, um gezielt vor Ort Angst zu schüren werden immer
18 wieder durchgeführt. Auf der Wiesn 2015 verteilte "Der Dritte Weg" Flyer, die den
19 Eindruck erweckten, dass massenhaft Frauen durch Asylbewerber:innen vergewaltigt
20 wurden. Auf dem Flyer standen vermeintlich "gutgemeinte" Tipps - Ziel war es aber die
21 von ihnen selbst geschürten Ängste augenscheinlich zu bestätigen.

22 Im Umfeld geplanter Geflüchtetenunterkünfte waren es auch immer wieder Mitglieder
23 des "Dritten Wegs", die, scheinbar als Privatpersonen, Protestgruppen in Sozialen
24 Netzwerken wie Facebook gründeten und Angst und Hass vor Ort schürten. Dieses
25 getarnte Vorgehen ermöglicht es ihnen zunächst Kontakt zur örtlichen Bevölkerung
26 aufzubauen und ohne das Wissen von offiziellen oder antifaschistischen Gruppen



1 Menschen vor Ort gegen beispielsweise geplante Unterkünfte aufzustacheln, bevor diese
2 auch nur in der Gemeinde diskutiert werden.

3

4 Das Bundesverfassungsgericht ist, aus gutem Grund, die einzige Instanz in Deutschland,
5 die Parteien verbieten kann. Trotz der geringen Größe stellt die Partei „Der Dritte Weg“
6 eine erhebliche Gefahr für unser Zusammenleben dar. Sie versucht die Spaltung der
7 Gesellschaft voran zu treiben und ist damit durch ihre subversive Art erfolgreicher, als
8 es die plumpe NPD jemals war. Auch durch ihr verfassungsfeindliches Profil halten wir
9 ein Verbot dieser Partei für unumgänglich.

10 Da es allerdings durchaus sein kann, dass die Partei u.a. durch ihre Organisationsart
11 oder den mangelnden Willen an parlamentarischer Mitbestimmung vom
12 Bundesverfassungsgericht nicht als Partei angesehen wird, möchten wir auch diese
13 Möglichkeit abdecken.

14

15 **Deswegen fordern wir:**

- 16 • Die SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass ein Verbotsverfahren der Partei
17 „Der Dritte Weg“ vor dem Bundesverfassungsgericht eingeleitet wird.
- 18 • Falls das Verbotsverfahren an der Definition als „Partei“ scheitern sollte, ist es die
19 Aufgabe der SPD „Der Dritte Weg“ als verfassungsfeindliche Organisation nach
20 dem Vereinsgesetz verbieten zu lassen.



- 1 *Antragsteller: Luca Lüneburg*
2 *Adressat:innen: Juso Unterbezirkskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag,*

3

4 ***R2: Resolution: Runder Tisch***

5

6 Der Runde Tisch gegen Rechts leistet hervorragende Arbeit auf den Gebieten der
7 historischen Aufklärung bezüglich faschistischer Verbrechen sowie der aktiven
8 Förderung der Vielfalt und der Toleranz. Der couragierte Einsatz seiner Mitglieder setzt
9 ein positives Beispiel für eine aufgeschlossene, soziale und vielfältige Gesellschaft. Wir
10 begrüßen daher die vom Runden Tisch gegen Rechts geplante Vereinsgründung und
11 sprechen unsere Solidarität aus.

